



öffentlich

Betreff:

Sicherung Tierheimstandort Sago-Gelände

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 13.02.2015

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

04.03.2015 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihren Willen, das an den TSV Potsdam vergebene Grundstück im Sago-Gelände an der Michendorfer Chaussee als künftigen Standort für das neue Tierheim in Potsdam zu entwickeln.

Die Landeshauptstadt Potsdam unterstützt diese Entwicklung verbunden mit der Absicht, die Fundtierbetreuung künftig an diesem Standort realisieren zu wollen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem Tierheimrat an der Ausräumung der Bedenken der Kommunalaufsicht zu arbeiten.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Nach der langwierigen Diskussion und Entscheidung über den künftigen Standort für ein neues Tierheim in Potsdam sollte die Stadt sich, auch vor dem Hintergrund der Genehmigung der Grundstücksvergabe durch die Kommunalaufsicht, eindeutig für diese Standortentscheidung positionieren und den Zusammenhang zu den damit beabsichtigten Entwicklungen zur dauerhaften Gewährleistung des Tierschutzes in der Landeshauptstadt aufzeigen.

Nach der Unterzeichnung des Grundstückskaufvertrages haben viele Potsdamerinnen und Potsdamer unentgeltlich und freiwillig den TSV im Rahmen zahlreicher Arbeitseinsätze unterstützt. Es sind bereits sichtbare Erfolge zu verzeichnen. Auch darum müssen inzwischen aufgekommene Einwendungen der Kommunalaufsicht zügig und sachlich ausgeräumt werden. Festgestellte Erschwernisse bei der Erschließung sind konstruktiv zu überwinden, um das große ehrenamtliche Engagement von Potsdamerinnen und Potsdamern, von Bürgerinnen und Bürgern der Umlandgemeinden nicht zu enttäuschen und nutzbringend zu unterstützen.